

CORINA EICHENBERGER – Die FDP-Nationalrätin und Präsidentin des Nuklearforums Schweiz hält nichts von einem Technologieverbot und betrachtet alternative Energien zur Kernkraft skeptisch.

«Ein Verbot ist überflüssig»

Schweizerische Gewerbezeitung: Die Energiestrategie 2050 will, dass unser Energiebedarf künftig ohne Atomstrom gedeckt wird. Ist dies das Ende für die Kernkraft in der Schweiz?

■ **Corina Eichenberger:** Ob die endgültige Fassung des ersten Massnahmenpakets tatsächlich ein Bauverbot für Kernkraftwerke beinhalten wird, werden die Beratungen im Parlament zeigen. Das Nuklearforum ist ausdrücklich gegen ein solches faktisches Technologieverbot. Es ist überflüssig, denn bereits bei der heutigen Gesetzeslage können nur dann Kernkraftwerke gebaut werden, wenn Bundesrat, Parlament und allenfalls die Stimmberechtigten zustimmen. Ein Technologieverbot wäre zudem ein bedenkliches Signal nach aussen. Es ist schwer erklärbar, warum ein hochentwickeltes, wissenschaftlich starkes und innovatives Land wie die Schweiz den Bann über eine Technologie verhängt, die weltweit eingesetzt und laufend weiterentwickelt wird. Sollte es tatsächlich so weit kommen, würde das jedoch nicht das sofortige Ende der Kernenergie in der Schweiz bedeuten. Der Bundesrat lehnt es ab, die bestehenden Kernkraftwerke aus politischen Gründen vorzeitig abzuschalten. Sie sollen bis ans Ende ihrer technischen Betriebsdauer weiterhin sicher und zuverlässig Strom liefern. Da sprechen wir heute von bis zu 60 Jahren. Das jüngste Kernkraftwerk – Leibstadt im Kanton Aargau – kann durchaus bis 2045 weiterlaufen.

«DIE KOSTEN DER DEUTSCHEN ENERGIEWENDE UFFERN VÖLLIG AUS.»

Wie lange wird der Rückbau der bestehenden Schweizer Kernenergieanlagen dauern?

■ Weltweite Erfahrungen haben gezeigt, dass die Stilllegung eines Kernkraftwerks – vom endgültigen Abschalten bis zur grünen Wiese – rund 15 bis 20 Jahre dauert. Die Technologien und Verfahren dazu sind erprobt und die Kosten bekannt. Es gibt sowohl in den USA wie auch in Europa verschiedene Kernkraftwerkareale, auf denen heute Wald wächst oder Vieh weidet. Bei den behördlichen und politischen Vorgaben gibt es hingegen noch offene Fragen, die den Prozess verzögern könnten.

Welche Kosten fallen durch den Ausstieg aus der Kernenergie insgesamt an und wer kommt dafür auf?

■ Die Gesamtkosten für das Unterfangen Energiewende sind heute nur sehr schwer abzuschätzen. Der Blick nach Deutschland zeigt jedoch, dass der Weg über Subventionen für einzelne Technologien nicht zwingend zum Erfolg führt. Vielmehr ufern die Kosten der deutschen Energiewende immer mehr aus. Nach über 20 Jahren Ökostromförderung hat der Anteil der fossilen Brennstoffe am deutschen Strommix nicht etwa abgenommen – im Gegenteil, der Verbrauch von Braunkohle nimmt wieder zu. Dazu kommt, dass wir in der Schweiz keine Windparks im Meer bauen können und einen viel grösseren Anteil an



«Unsere Kernkraftwerke liefern weiterhin sicher und zuverlässig Strom», sagt Nationalrätin Corina Eichenberger, die Präsidentin des Nuklearforums.

Kernenergie ersetzen müssen als Deutschland. Das sollte zu denken geben. Wie viel es am Schluss auch kosten mag, bezahlen müssen – in Deutschland wie auch in der Schweiz – die Energiekonsumenten und Steuerzahler, also wir alle. Ich hoffe, dass wir nicht die Fehler der deutschen Energiewende übernehmen.

Welche Folgen hat der Atomausstieg für das bestehende Problem der Entsorgung?

■ Ein allfälliger Verzicht auf Kernenergie hat keine Auswirkungen auf das Vorgehen bei der Entsorgung der radioaktiven Abfälle. Diese Abfälle bestehen, ob wir nun neue Kernkraftwerke bauen oder nicht. Sie stammen übrigens nicht nur aus den Kernkraftwerken, sondern auch aus Medizin, Industrie und Forschung. Wir brauchen so oder so geologische Tiefenlager. Auch hier ist das Problem vielmehr politischer oder gesellschaftlicher Natur als technischer. Die Nagra leistet ausgezeichnete Arbeit und hat aufgezeigt, wie die Tiefenlagerung technisch machbar ist. Heute geht es darum, in einem transparenten Verfahren den besten Standort zu bestimmen.

«GASKRAFTWERKE ODER STROMIMPORTE: DAS SIND DIE ALTERNATIVEN ZUR KERNKRAFT.»

Welche neuen Produktionsformen von Kernenergie sind derzeit denkbar?

■ Weltweit wird an verschiedenen spannenden Konzepten geforscht. Ich

denke da zum Beispiel an kleine modulare Reaktorsysteme oder an Technologien, die sehr sparsam mit dem Brennstoff umgehen und wirklich nachhaltig sind. Diese Systeme der so genannten vierten Generation sind heute noch Zukunftsmusik. Für den Ersatz unserer heutigen Kernkraftwerke stehen jedoch schon heute die Reaktoren der fortgeschrittenen dritten Generation zur Verfügung, wie sie vor Fukushima in der Schweiz vorgesehen waren. Solche Reaktorsysteme werden heute weltweit gebaut. Sie sind so sicher, dass auch bei einem schweren Unfall die Auswirkungen auf die Umwelt gering bleiben. Darüber dürfen wir nicht vergessen: Unsere heutigen Schweizer Kernkraftwerke erreichen dank ihrer vorausschauenden Instandhaltung und Modernisierung schon heute nahezu dieses Sicherheitsniveau.

«DIE SCHWEIZ GEHÖRT HEUTE BEI DER FORSCHUNG ZUR WELTSPITZE.»

Wann wären mögliche Alternativen einsatzbereit?

■ Wenn wir wirklich auf die Kernenergie verzichten, sehe ich als realistische Alternativen nur Gaskraftwerke oder Stromimporte. Wind- und Solarenergie sind nun mal abhängig von Wetter, Tages- und Jahreszeit und liefern keine planbare Bandenergie. Gaskraftwerke sind relativ schnell gebaut. Hier sehe ich das Problem eher bei der Akzeptanz. Für die ausgezeichnete CO₂-Bilanz unserer heutigen Stromversorgung wären sie ein massiver Rück-

schrift, von der Versorgungssicherheit beim Erdgas ganz zu schweigen. Und wie stark unsere Verhandlungsposition für Stromimporte momentan und in naher Zukunft ist, muss sich erst noch zeigen.

Wie geht es mit der Nuklearforschung in der Schweiz weiter?

■ Der Bundesrat will zwar trotz seiner Ausstiegspläne die Forschung weiterhin in allen Energiebereichen unterstützen. Die Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung ist jedoch mit Abstand der bedeutendste Beitrag der Nukleartechnik. Fällt diese Anwendung weg, wird die Nuklearforschung für Nachwuchskräfte unattraktiv. Der Erhalt und Ausbau des Wissens in diesem Bereich ist jedoch für den sicheren Betrieb der bestehenden Kernkraftwerke unverzichtbar. Betreiber und Zulieferindustrie sind für den Unterhalt und für die Weiterentwicklung der Sicherheitstechnik auf Fachkompetenz und motivierten Nachwuchs angewiesen.

Ist die Teilnahme von Schweizer Forschern an europäischen Nuklearprogrammen gesichert?

■ Die weitere Teilnahme der Schweiz am Kooperationsprogramm Euratom ist nicht mehr voll gesichert. Nach der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative hat die EU-Kommission die Assoziierung der Schweiz an mehreren Programmen sistiert, darunter auch das Forschungsprogramm «Horizon 2020». Da Euratom mit «Horizon 2020» verknüpft ist, sind Schweizer Forschende im Nuklearbereich von den damit verbundenen Einschränkungen betroffen. Wie es für einzelne Forschungsstellen oder Projekte genau weitergeht, wissen wir heute nicht. Nach Angaben des Staatssekretariats für Bildung und Forschung ist zumindest die Zusammenarbeit im Bereich der Kernfusion gewährleistet. Bei der Kernspaltung ist die Schweiz jedoch ausgeschlossen. Der Bundesrat will Schweizer Forschende, die aufgrund der Sistierung bis auf Weiteres von der Forschungszusammenarbeit ausgeschlossen sind, als Übergangslösung direkt unterstützen. Die Schweiz gehört heute bei der Forschung zur Weltspitze. Wir tun gut daran, wenn wir die Rahmenbedingungen für solche Spitzenforschung nicht verschlechtern – nicht nur bei der Kernenergie.

Interview: Gerhard Enggist

LINK

www.nuklearforum.ch

DAS NUKLEARFORUM

Das Nuklearforum Schweiz ist ein Verein zur Förderung der faktenreuen Information über die zivile Nutzung der Kernenergie. Seit über 50 Jahren setzt es sich als wissenschaftlich-technische Fachorganisation für eine sachverständige Diskussion im Bereich der Kernenergie und Nukleartechnologie ein. Es wendet sich an Fachleute aus Lehre, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung, aber auch an Politiker in Bund, Kantonen und Gemeinden, Fach- und Publikumsmedien sowie die interessierte Öffentlichkeit in der Schweiz.

DIE MEINUNG

Mindestlohn schadet KMU und Angestellten



Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Die Schweiz ist ein Erfolgsmodell, von dem wir dank einer funktionierenden Wirtschaft und hohem Wohlstand alle profitieren. Wir müssen uns vor der Abstimmung vom 18. Mai deshalb bewusst sein, was für unser Land auf dem Spiel steht, wenn wir unseren Erfolg mit Forderungen wie der Mindestlohn-Initiative verantwortungslos und zum eigenen Schaden aufs Spiel setzen.

H heute haben wir in der Schweiz eine international rekordtiefe Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig ist es uns gelungen, die Frauen überdurchschnittlich gut ins Erwerbsleben zu integrieren. Es gibt in der Schweiz viele innovative Unternehmen in erfolgreichen Branchen. Diese können ihren Mitarbeitenden im internationalen Vergleich gute Löhne bezahlen, die sie über eine funktionierende Sozialpartnerschaft direkt mit ihren Angestellten oder im konstruktiven Dialog mit den Gewerkschaften aushandeln. Hinter den USA sind wir weltweit das wettbewerbsfähigste Land und bezüglich der Innovationskraft seit Jahren an der Spitze platziert.

Die Mindestlohn-Initiative wird all dies ändern. Sie verlangt einerseits, dass Bund und Kantone die Löhne in der Schweiz schützen, indem sie die Festlegung von Mindestlöhnen in Gesamtarbeitsverträgen (GAV) fördern. Andererseits soll der Bund einen nationalen gesetzlichen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde festlegen. Dass dies erst der Anfang ist und der Mindestlohn – einmal eingeführt – immer weiter in die Höhe geschraubt werden soll, ist ebenfalls schon im Initiativtext berücksichtigt. Es ist offensichtlich, dass die Initiative auf diese Art speziell diejenigen schädigt, die sie eigentlich zu schützen vorgibt: Die jungen Berufseinsteiger, die Frauen und all jene Menschen, die nach einem Schicksalsschlag wieder Anschluss ans Berufsleben suchen. Was sage ich zum Serviceangestellten eines Restaurants in einem Urner Seitental, der wegen der Mindestlohn-Initiative künftig statt 3800 Franken auf dem Konto gar keine Arbeit und kein Einkommen mehr hat? Er landet auf dem Arbeitsamt, weil sein Betrieb die von der Ideologie aufgedikteten Zusatzkosten nicht mehr tragen kann. Er wird viel Zeit haben, in der Verfassung nachzulesen, dass wir ihm einen staatlichen Mindestlohn von 4000 Franken eingebrockt haben, der ihn nun aus dem Arbeitsmarkt gedrängt hat.

Und was sage ich dem Automechaniker in Poschiavo oder im Vallée de Joux, dessen Kunden ihre Wagen im wenige Kilometer entfernten Ausland reparieren lassen, wo die Löhne noch viel tiefer liegen, weil sie nicht vom Staat auf Weltrekordhöhe hinaufgeschraubt worden sind? Weichen die Kunden aus, kann sich sein Betrieb bald nicht mehr über Wasser halten, und es verschwinden gerade in solch peripheren Gebieten absolut unverzichtbare Arbeitsplätze. Was sage ich schliesslich der Mutter von drei Kindern, die nach zehn Jahren Familienpause wieder im Berufsleben Fuss fassen will? Sie wird keine Chance mehr erhalten, ihr noch immer vorhandenes, aber inzwischen veraltetes Wissen in der Wirtschaft wieder aufzufrischen und sich neu zu bewähren. Mit der Mindestlohn-Initiative würden die Einstiegsgehälter derart angehoben, dass es sich Unternehmen mehr als zweimal überlegen müssen, ob sie eine Wiedereinsteigerin anstellen wollen. Viele werden es nicht tun. Es werden uns auch die Erklärungen fehlen, um dem jungen Familienvater zu antworten, den wir als jugendlichen Berufseinsteiger mit 4000 Franken Grundlohn in die Armutsfalle gelockt haben. Statt in eine Berufslehre zu investieren, hat er sich von den falschen Anreizen verführen lassen und steht dann als erster auf der Strasse, sobald die Wirtschaft dereinst richtig abgewürgt sein wird. Darum NEIN zur Mindestlohn-Initiative.